

Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur durch die Thüringer Landesregierung und notwendige Betrachtung der Ungleichbehandlung und Diskriminierung von Christinnen und Christen in der DDR

Rede auf dem 23. Tag der Thüringischen Landesgeschichte am 17. September 2016

Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff, Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Chef der Thüringer Staatskanzlei

Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Prof. Greiling,

ich danke Ihnen sehr für die Gelegenheit, seitens der Landesregierung ein Grußwort auf Ihrer Tagung sprechen zu können.

Gestatten Sie mir zwei Vorbemerkungen:

Ich bin etwas in der Bredouille, worauf ich eingangs hinweisen möchte. Grundsätzlich gilt ja für ein Grußwort "Du darfst über alles reden, nur nicht über fünf Minuten". Gleichwohl ist es mir ein Bedürfnis, einige Ausführungen zu machen, die den Offenen Brief von Pedro Hertel und Gerhard Sammet an die Vorsitzenden der Thüringer Regierungskoalition zum Ausgangspunkt haben und die Verfolgung von Christinnen und Christen in der DDR thematisieren.

Seien Sie dennoch versichert, dass ich Ihre Geduld mit meinem Grußwort nicht zu sehr strapazieren möchte, gleichwohl bitte ich vorab um etwas Nachsicht.

Vor dem Hintergrund, dass sich Ihre Tagung im Plenarvortrag mit dem Kirchenkampf in Thüringen während der NS-Herrschaft befasst, ist es mir wichtig – auch auf die Gefahr hin, damit Eulen nach Athen zu tragen – darauf hinzuweisen, dass mir jede Gleichsetzung des Nationalsozialismus mit der DDR fern liegt. Mein Fokus liegt auf der Situation von Christinnen und Christen unter der SED-Diktatur und dem Stand der Aufarbeitung von DDR-Geschichte seitens der Thüringer Landesregierung.

Berechtigte Kritik von Christinnen und Christen am Bericht der Thüringer Landesregierung zum Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur

Die Thüringer Landesregierung hat, wie Sie wissen, in Person von Frau Dr. Winter erstmals eine Staatssekretärin in der Staatskanzlei, zu deren Aufgabenfeld die Aufarbeitung der SED-Diktatur gehört. Eine interministerielle Arbeitsgruppe unterstützt ihre Arbeit. Ein erster, 36 Seiten umfassender Arbeitsbericht wurde veröffentlicht.

Im Frühjahr dieses Jahres veröffentlichten Herr Hertel und Pfarrer Sammet einen Offenen Brief, in dem sie die Situation von Christinnen und Christen in der DDR beschreiben und insbesondere an die Partei DIE LINKE sowie den Ministerpräsidenten adressiert formulieren: *"(...) Entschuldigungen für vielfach begangenes Unrecht, auch an Christen? Nichts davon spürt man. Bisher ist, von wenigen Einzelschicksalen abgesehen, kein einziges Wort über die 44 Jahre Christenfeindlichkeit in der SBZ/DDR gesagt worden. Als hätte es diese schlimmen und folgenschweren Tatsachen und Vorgänge nicht gegeben. Wenn dem Reden ein Tun folgen sollte, dann müsste die Aufarbeitung der Christenfeindlichkeit und des Christenhasses von 1945 bis 1989 endlich beginnen (...)." (Hertel/Sammet 2016: 4)*

Am 12. Juni 2016 erschien in der Evangelischen Wochenzeitung in Mitteldeutschland "Glaube + Heimat" ein Interview mit Frau Dr. Winter, in dem insbesondere folgende Aussage missverständlich interpretiert wurde: *"(...) In der Arbeit der interministeriellen Arbeitsgruppe*

gibt es bisher kein gesondertes Projekt zum Thema Christen. Auch finden sich Christen nicht als herausgehobene Opfergruppe im Bericht der Landesregierung zur Aufarbeitung. Bei allen Vorgängen, die dem Ministerpräsidenten und mir bekannt sind, wissen wir von sieben Fällen, in denen die Aktivität in der Kirche zu einem Eingriff seitens des Staates in die Lebensbiographie geführt hat (...)."

Die Aussage ist leider - wie so oft - ebenso richtig wie eben für ein Interview typisch auch verkürzt und ist dadurch im Ergebnis falsch. Wir **kennen** konkret sieben Fälle, denen eine verwaltungsrechtliche oder strafrechtliche Rehabilitierung vorausgegangen ist, in denen bleibende Gesundheitsschädigungen aus christen- bzw. religionsbezogener Verfolgung resultieren.

Gleichzeitig wissen wir jedoch, dass allein in Thüringen 753 Anträge auf Anerkennung als verfolgte Schülerinnen und Schüler gestellt wurden, von denen wir annehmen können, dass der überwiegende Teil aus alleinigen oder auch aus religiösen Gründen verfolgt wurde. Wir wissen freilich, dass auch dies nur die Spitze des Eisberges ist.

Bis heute nachwirkende Ungleichbehandlung und Diskriminierung von Christen in der DDR

Der Jenaer Theologe und spätere Professor an den Universitäten Halle/Saale und Münster, Michael Beintker, stellt die These auf, dass im Bereich der Bildungsinstitutionen bis zuletzt kaum Konfliktentspannung zu verzeichnen war: *"Es gab immer übereifrige Lehrer und Erzieher, die es verstanden, christliche Kinder zu schikanieren und die Kirchen in abschreckender Form zu karikieren. (...) Der subkutane Konflikt zwischen dem Marxismus-Leninismus und dem christlichen Glauben im Bildungssystem ist fast auf jeder größeren Synode laut und vernehmlich angesprochen worden und bildete ein chronisches Dauerthema in den Verhandlungen zwischen Staat und Kirche."* (Beintker 1994: 303)

Fast auf den Tag genau vor einem Monat fand im Erfurter Augustinerkloster das Ökumenische Gesprächsforum "Bedrängt. Bedrückt. Bearbeitet - Christen unter der DDR-Diktatur" statt. Dort referierte PD Dr. Friedemann Stengel von der Theologischen Fakultät der Universität Halle und wies auf folgende Aspekte hin, die auch wir als Thüringer Landesregierung im Blick haben sollten:

1. Die Ungleichbehandlung von Christen in der Bildungspolitik ist aus seiner Sicht - und ich würde mich dem anschließen -, die wohl nachhaltigste Auswirkung der SED-Diktatur und wirkt bis heute nach (Vgl. Stengel 2016: 4).
2. Die Ungleichbehandlung und Diskriminierung war regional sehr unterschiedlich, und häufig fanden Repressionen wie Nichtzulassung zu Studium o.a. aus kumulativen Gründen statt, so dass die Religionszugehörigkeit allein nicht zwingend ausschlaggebend war - vor allem fand in der Regel keine Begründung statt. *"Ablehnungen wurden mitgeteilt, auch bei Eingaben, aber keine Begründungen. Und auch Notengebungen wurden beeinflusst, um politisch begründete Zurücksetzungen zu überdecken. (...) So fällt es vielen Betroffenen bis heute schwer, den wirklichen Grund für ihre Nichtzulassung zu erfahren."* (Stengel 2016: 5)
3. Aus dieser Fakten- oder besser: Nicht-Faktenlage heraus entstehen nicht selten Situationen, in denen die Opfer der SED-Diktatur bis heute unter einem Begründungs- und Rechtfertigungszwang stehen. Lassen Sie mich Dr. Stengel noch einmal zitieren: *"Vielen, denen in der DDR der Einstieg in akademische Laufbahnen verwehrt worden ist, ist es bis heute nicht gelungen, in gesellschaftliche Bildungsschichten zu gelangen, sie haben gewissermaßen begrenzte Redemöglichkeiten und begrenzte Möglichkeiten, gehört zu werden. Zugleich lastet der unausgesprochene Vorwurf auf ihnen, dass die Nichtzulassung aus (kirchen-)politischen Gründen nicht wirklich nachweisbar ist. (...) Zuweilen sehen sich einst verfolgte Schüler jetzt in die Lage versetzt, ihre einstigen, nicht selten erstklassigen Zeugnisse gewissermaßen zum Beweis vorzeigen zu müssen."* (Stengel 2016: 5f.)

Doch auch dort, wo es trotz Konfessionszugehörigkeit gelang, Abitur und Studium absolvieren zu können, bestehen Pressionen, nämlich dann, wenn diesen Personen das Recht abgesprochen wird, ebenfalls auf Opfererfahrungen verweisen zu können, wiewohl auch sie Diskriminierung erfahren haben.

4. Ein relevanter Teil derjenigen, die nach dem Mauerbau 1961 keine Gelegenheit mehr hatten, in den Westen abzuwandern, und aufgrund der häufig verschlossenen Zugänge zu akademischen Berufen in Handwerks- oder sozialen Berufen tätig waren und sind, haben sich mit diesen Lebenswegen abgefunden, sind stolz auf das Erreichte und wollen dies nicht mehr revidieren. Und dennoch schmerzen selbst dort, wo keine Wunden mehr bestehen, noch die Narben. Sitzen die Verletzungen tief, die *"diese Gesellschaft mitprägen, auch die Mehrheitsgesellschaft, die die minoritäre Zurücksetzung von Christen geduldet hat und heute aus einem Scham-Verdrängungs-Reflex lieber schweigt oder bagatellisiert."* (Stengel 2016: 6)

Unbequeme Notwendigkeit der Mehrheitsgesellschaft, über Verdrängtes zu sprechen

Auch oder gerade weil ich nicht jede Schlussfolgerung der beiden Autoren des Offenen Briefes "Unrecht gegen Christen in der DDR", Pedro Hertel und Pfarrer Sammet, teile, spreche ich ihnen meinen Dank aus. Weil sie uns als Thüringer Landesregierung in die Notwendigkeit versetzen, noch stärker als bislang die einzelnen Schicksale hinter den Zahlen, exemplarische Lebenswege und biographische Brüche zum Gegenstand unserer Aufarbeitungs- und politischen Bildungsarbeit im Feld der Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur zu machen.

Wie Stengel richtig feststellt, geht damit das Eingeständnis einher, dass die Mehrheitsgesellschaft in der DDR sich mit der Ausgrenzung oft leistungsstarker, konfessionell gebundener Schülerinnen und Schüler abgefunden hatte. Sie erbrachte zudem – aus Überzeugung oder Anpassung - die vom SED-Staat geforderten Konventionen, denen sich Christinnen und Christen aus Glaubensgründen verweigerten: *"Die Nicht-FDJler, Nicht-Jugendgeweihten oder Bausoldaten, dann die Konfirmierten, Firmierten und Christenlehrekinder, JG-, KSG- und ESG-Mitglieder (...) waren eine deutliche Minderheit, nicht alle, aber viele von ihnen gehörten einer Konfession an; und perfiderweise wurden auch nicht alle von ihnen benachteiligt; das macht die Entscheidungen so schwierig. Aber wir müssen darüber reden."* (Stengel 2016: 6)

Wenn die evangelische und die katholische Kirche im Gespräch mit der Landesregierung anregen, stärker die individuelle Ebene der Christen in der SED-Diktatur zum Gegenstand unserer Aufarbeitungsbemühungen zu machen, dann hat Stengel dafür gute Argumente im Hinblick auf die bis heute bestehenden Sprachlosigkeiten und Verletzungen, die in unserer ostdeutschen Gesellschaft, zum Teil in Verbindungen mit Nichtanerkennung, Herabsetzungen und Entwürdigungen vor und nach 1989, wirksam sind und über die wir sprechen müssen.

Lohnenswerte Betrachtung des Feldes der Selbstbehauptungsstrategien der DDR-Kirchen bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur und politischen Bildung

Gleichzeitig erscheint es mir ebenso notwendig wie vielversprechend, das Feld der Selbstbehauptungsstrategien und Überlebensmuster der Kirchen in der DDR gegenüber der SED-Diktatur als Feld der Aufarbeitung zu nutzen. Hier werden in besonders sinnfälliger Weise Aspekte der DDR deutlich, die wir in der politischen Bildungsarbeit herausheben sollten. Vier Themenlinien böten sich meines Erachtens an:

1) Wir können die unterschiedlichen Phasen der DDR-Entwicklung verdeutlichen. Die repressiven, mit totalitären Zügen versehenen 1950er Jahre anhand des Kirchenkampfes und des massiven Konflikts um die Junge Gemeinde, die Phase vom Mauerbau 1961 über die DDR-

Verfassung von 1968 mit der Einführung von Jugendweihe und anderen Ersatzritualen bis zum Übergang von Ulbricht zu Honecker anhand der Entspannungspolitik einerseits und Überwachung sowie Repression andererseits. (Vgl. n.v.a. Wentker 1994, Karstein 2012, Maser 2013)

2) Anhand der SED-Kirchenpolitik lassen sich mit den Worten von Bernd Schäfer die *"Wendungen der Parteiideologie, die taktischen Varianten [der SED-Politik], die Instrumentalisierungs- und Repressionsversuche eines in seinen Strukturen und seiner Funktionsweise zu durchleuchtenden Staats- und Parteiapparates"* (Schäfer 1994: 271) aufzeigen, bis hin zu den externen Einflüssen der KPdSU, wie der Konflikt um die Junge Gemeinde bewies und Hermann Wentker eindrücklich zeigte.

3) Wir können Strategien der Unterminierung kirchlicher Arbeit und kirchlichen Einflusses auf dem Feld der Feste und Rituale identifizieren. Jugendweihefeiern wurden in der Arbeiterbewegung bereits seit den frühen 1920er Jahren etabliert und erlebten in der Weimarer Republik eine „Blütezeit“. Der Rückgriff darauf in der DDR stellte jedoch keine Erweiterung von Ritualen neben Firmung und Konfirmation dar. Sie wurden repressiv und ideologisch unterlegt **gegen** die vergleichbaren Rituale an der Schwelle vom Jugendlichen zum Erwachsenen ein- und durchgesetzt. (Vgl. n.v.a. Karstein 2012, Maser 2013)

4) Ebenso transparent werden die Strategien der weltanschaulichen Delegitimation einerseits und der Differenzierung zwischen "fortschrittlichen" vs. "reaktionären" Kräften, die nur dem Zweck des "divide et impera" dienten.

In seinen "Rückblenden auf das Verhältnis von Kirche und Staat in der DDR" zeigt Beintker ein wesentliches Moment auf, das aus meiner Sicht für das Verständnis der DDR als Diktatur und – vor dem Hintergrund der Verfolgung von (religiösen) Minderheiten - als Unrechtsstaat prägend ist: das der strukturellen Rechtlosigkeit, der nicht einklagbaren Rechte und beschränkbareren Sanktionsmöglichkeiten des Staates.

Beintker weist nach, dass die Sanktion der staatlichen Gesprächsverweigerung im Staat-Kirche-Verhältnis ein *"effektives, taktisches Mittel darstellte, mit dem die potentielle Beschneidung kirchlicher Wirkungsmöglichkeiten signalisiert werden konnte"*. Es gab nur faktisches Gewohnheitsrecht, dessen Gültigkeit jedoch stets aufs Neue den staatlichen Behörden abgetrotzt werden musste. *"Die rechtliche Schwebelage erzeugte ein andauerndes Gefühl der Unsicherheit, durch das Gefühl der Angst verstärkt, ohne Not in eine Konfrontationslage mit dem Staat geraten zu müssen."* (Beintker 1994: 316, hierzu auch Schäfer 1994: 274)

Dies ist gleichzeitig in Rahmenbedingungen zu bewerten, in denen die Kirchen in der DDR de jure im Unterschied zu anderen realsozialistischen Staaten über rechtliche und organisatorische Eigenständigkeit verfügten. Mithin Sicherheiten, die Handlungsmöglichkeiten eröffneten, de facto aber gleichzeitig auch als staatliches Faustpfand instrumentalisiert wurden.

Der Meißener Diözesanbischof Spülbeck formulierte auf dem Kölner Katholikentag 1956: *"Wir leben in einem Haus, dessen Grundfesten wir nicht gebaut haben, dessen tragende Fundamente wir sogar für falsch halten (...) Wir tragen gern dazu bei, dass wir selbst in diesem Hause noch menschenwürdig und als Christen leben können, aber wir können kein neues Stockwerk draufsetzen, da wir das Fundament für fehlerhaft halten. Das Menschenbild des Marxismus und seine Gesellschafts- und Wirtschaftsauffassung stimmt mit dem Bild, das wir haben, nicht überein. Dieses Haus bleibt uns ein fremdes Haus."* (Vgl. Richter 1972: 225)

Die SED hat es nie vermocht und auch nie gewollt, an diesem Bild etwas zu verändern. Ihr ging es, mit Uta Karstein gesprochen, *"neben der Durchsetzung ihrer politischen Ziele (...) immer auch darum, im Rahmen der Auseinandersetzungen im religiös-weltanschaulichen Feld für die von ihr in Anspruch genommenen Werte und Ordnungsprinzipien Anerkennung zu finden, um somit den Glauben an ihre Legitimität zu erwecken"*. (Karstein 2012: 276)

Auch wenn es nicht kontinuierlich einen Machtkonflikt zwischen Staat und Kirchen gab, blieb der Grundkonflikt konstitutiv für das religiös-weltanschauliche Feld, dem eine dichotomisie-

rende Grunddynamik aufgezwungen wurde, die all seinen Subfeldern ihr spezifisches Gepräge gab und - wie gezeigt wurde - bis in die individuelle Lebensführung, Lebensplanung hineinragte.

Die Debatte um den Offenen Brief von Hertel/Sammet und die berechtigte Kritik der Kirchen in Thüringen am ersten Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe der Landesregierung zeigen, dass die Auseinandersetzung mit dem Thema "Christen unter der DDR-Diktatur" ein wichtiges und lohnenswertes Feld unserer Aufarbeitungsarbeit sein sollte.

Als Politiker der Linkspartei kann ich an dieser Stelle nur betonen: Auch wir als Partei DIE LINKE haben zur Diskriminierung von Christen unter der SED-Diktatur noch nicht laut genug gesprochen. Es ist Zeit, dies zu tun. Ich bin froh, dass meine römisch-katholisch getauften Kinder heute im weltanschaulich besten Sinne des Wortes nach ihrer Fassung ihr Leben eigenständig gestalten können. Dies konnten Christinnen und Christen unter der SED-Diktatur nicht. Daran müssen wir erinnern. Dies darf sich nicht wiederholen – für keinen Angehörigen einer Religion oder Weltanschauungsgemeinschaft.

Literatur:

Beintker, Michael, 1994, Nachdenkliche Rückblenden auf das Verhältnis von Kirche und Staat in der DDR, in: *Kirchliche Zeitgeschichte* 7, Nr. 2, S. 300-318.

Dietrich, Christian, 2015, Das politische Mandat der Christen bzw. der Kirche in der Diktatur und die Erinnerung von Schuld und Scheitern, in: *Dokumentation der Tagung: Abgeschlossen? Stand und Folgen der Aufarbeitung der Geschichte der Kirchen in der DDR am 12.-13.5.2016*, hrsgg. vom Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik, Frankfurt am Main, S. 16-20.

Hertel, Pedro/Sammet, Gerhard, 2016, Unrecht gegen Christen in der DDR. Offener Brief fordert Aufarbeitung, <http://www.tag-des-herrn.de/print/6926>.

Hoff, Benjamin-Immanuel, 2014, Umstrittener Unrechtsstaatsbegriff, <https://www.freitag.de/autoren/benjamin-immanuel-hoff/umstrittener-unrechtsstaats-begriff>.

Ders. 2014, Unrechtsstaat DDR?, <https://www.freitag.de/autoren/benjamin-immanuel-hoff/unrechtsstaat-ddr>.

Karstein, Uta, 2012, Auseinandersetzungen in und zwischen Feldern. Vorschläge zur Spezifizierung des Bourdieuschen Begriffs sozialer Kämpfe am Beispiel des Staat-Kirche-Konflikts in der DDR, in: Bermhard, S (Hrsg.), *Feldanalyse als Forschungsprogramm 2*, Wiesbaden, S. 257-279.

Kleißmann, Christoph, 1993, Zur Sozialgeschichte des protestantischen Milieus in der DDR, in: *Geschichte und Gesellschaft*, S. 29-53.

Maser, Peter, 2013, Niemals voll in das Regime integriert. Kirchen in der DDR, hrsgg. von der Thüringer Landeszentrale für politische Bildung, Erfurt.

Richter, Klemens, 1972, Katholische Kirche in der DDR. Wandel kirchlicher Strukturen unter den Bedingungen einer sozialistischen Gesellschaft, in: *Jahrbuch für christliche Sozialwissenschaften*, S. 215-245.

Schäfer, Bernd, 1994, Selbstbehauptungsstrategie und (Über)lebensmuster der Katholischen Kirche in der Zeit des DDR-Staats, in: *Kirchliche Zeitgeschichte* 7, Nr. 2, S. 264-278.

Stengel, Friedemann, 2016, Bedrängt. Bedrückt. Bearbeitet – Christen unter der DDR-Diktatur, unveröffentlichter Beitrag auf dem Ökumenischen Gesprächsforum, Erfurt.

Ders. 2015, Kirchen-DDR-Geschichte zwischen Gedächtnispolitik und Erinnern, in: *Dokumentation der Tagung: Abgeschlossen? Stand und Folgen der Aufarbeitung der Geschichte der Kirchen in der DDR am 12.-13.5.2016*, hrsgg. vom Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik, Frankfurt am Main, S. 4-15.

Thüringer Staatskanzlei, 2016, Bericht der Landesregierung zu Stand und Weiterentwicklung der Aufarbeitung der SED-Diktatur in Thüringen für den Zeitraum März 2015 bis Februar 2016, https://www.thueringen.de/mam/th1/tsk/bericht__der_lr_zur_aufarbeitung_der_sed-diktatur_23.02.2016.pdf.

Wentker, Hermann, 1994, „Kirchenkampf“ in der DDR. Der Konflikt um die Junge Gemeinde 1950-1953, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, S. 95-127.